

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Bernd Schattner und der Fraktion der AfD – Drucksache 20/3416 –

Sicherheit der deutschen Gasversorgung sowie eine mögliche Rezession der Wirtschaft

Vorbemerkung der Fragesteller

Die Abhängigkeit Deutschlands vom Gas aus Russland ist nach wie vor gegeben (<https://taz.de/Deutsche-Abhaengigkeit-vom-russischen-Gas/!5866938>).

Die Volatilität der Lieferungen ist nach Auffassung der Fragesteller verständlicherweise durch die Wirtschaftssanktionen gegen Russland enorm. Wegen wiederholter Wartungsarbeiten an Nord Stream 1 kam es zu kompletten Unterbrechungen der Gaslieferungen (ebd.). Dadurch sind die Preise für Gas in Deutschland extrem stark gestiegen und große Unternehmen, wie z. B. die SKW Piesteritz, kommen an ihre finanziellen Grenzen und sehen ihre Existenz gefährdet (<https://www.energie-und-management.de/nachrichten/gas/detail/stickstoffwerken-droht-kurzarbeit-und-stopp-der-produktion-161519>).

Mit der Gasumlage hat die Bundesregierung zwar auf den Kostendruck der Unternehmen reagiert, legt diese Kosten aber auf die Bürger um.

Auch ist im Gespräch, die Mehrwertsteuer auf Gas von 19 Prozent auf 7 Prozent zu senken (<https://www.n-tv.de/politik/Regierung-will-Mehrwertsteuer-auf-Gas-senken-article23532810.html>). Ob es jedoch der Bundesregierung hierdurch gelingt, die Mehrkosten für die Bürger abzufangen, ist aus Sicht der Fragesteller weiterhin fraglich, jedoch dringend notwendig (<https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/gas-umlage-aufgabe-der-stunde-habeck-kuehndigt-weitere-entlastungen-fuer-buerger-an/28600390.html>).

1. Was sind im Falle eines sofortigen bzw. absehbar bevorstehenden Lieferstopps russischen Erdgases die geplanten Gegenmaßnahmen der Bundesregierung, um diese Ausfälle zu kompensieren?

Die Bundesregierung hat bereits seit Beginn des völkerrechtswidrigen Angriffskrieges in der Ukraine Maßnahmen ergriffen, um auf einen Lieferstopp hinsichtlich russischen Erdgases vorbereitet zu sein. Zu den Maßnahmen zählen bspw. diverse Instrumente, um die Befüllung der Speicherstände sicherzustellen.

len, sowie der unverzügliche Aufbau einer Infrastruktur, um LNG anlanden zu können.

Dass diese Maßnahmen nicht nur erforderlich waren, sondern bereits ihre Wirkung zeigen, verdeutlichen die aktuellen Füllstände der Gasspeicher. Die Gasspeicher konnten trotz des Umstandes befüllt werden, dass Russland seine Erdgaslieferungen nach Europa und insbesondere nach Deutschland seit Beginn seines völkerrechtswidrigen Angriffskrieges sukzessive auf einen Bruchteil des Vorkriegsniveaus reduziert hat. Seit dem 31. August 2022 liefert Russland kein Erdgas mehr nach Deutschland.

2. Erwägt die Bundesregierung, im Winter 2022/2023 für Behörden und andere Dienststellen des öffentlichen Dienstes eine Homeoffice-Pflicht einzuführen, um in öffentlichen Gebäuden bzw. öffentlichen Arbeitsstätten Energie zu sparen?

Die Bundesregierung beabsichtigt im Winter 2022/2023 keine Einführung einer Home-Office-Pflicht für die öffentliche Hand, um in öffentlichen Gebäuden oder öffentlichen Arbeitsstätten Energie einzusparen.

3. Erwägt die Bundesregierung, im Winter 2022/2023 für Unternehmen der Privatwirtschaft eine Homeoffice-Pflicht einzuführen, um in deren Gebäuden bzw. Arbeitsstätten Energie zu sparen?

Die Bundesregierung beabsichtigt im Winter 2022/2023 keine Einführung einer Home-Office-Pflicht für Unternehmen der Privatwirtschaft, um in Gebäuden oder Arbeitsstätten Energie einzusparen.

4. Aus welchen Ländern und in welchen Mengen will die Bundesregierung zukünftig, auf die nächsten zehn Jahre betrachtet, Gas importieren?

Die Bundesregierung selbst importiert kein Gas. Vielmehr ist dies Aufgabe privater Akteure. Dies vorweggeschickt, befürwortet die Bundesregierung eine Diversifizierung der Lieferquellen, um einseitige Abhängigkeit von einem Lieferland wie in der Vergangenheit zu vermeiden.